

## TOP 2

### **Antrag der SPD- / FDP-Fraktion vom 10.05.2012 betreffend "Erhöhung der Transparenz der Ratsarbeit und bessere Einbindung der Ortsteile"**

(Empfehlung HFA vom 24.05.2012, TOP 4)

GR Schäfer gibt an dieser Stelle eine kurze Begründung des Antrages: Grundintention sei eine verbesserte Kommunikation mit dem Bürger. Eingehend auf die Beratung im HFA vom 24.05.2012 erklärt GR Schäfer: „Wir bleiben bei unserem Antrag“. Im Übrigen sei man für Vorschläge zur Ausgestaltung dieses Antrages immer offen. Unter Bezugnahme auf die Ausführungen von GR Neisens in der HFA-Sitzung vom 24.05.2012 „Gut gedacht – schlecht gemacht“ erklärt GR Schäfer, dass die SPD-Fraktion bereit sei, entsprechende Anpassungen in der Hauptsatzung / Geschäftsordnung des Rates vorzunehmen.

GR Schäfer verweist auf die gerade beschlossene Hauptsatzung, wo in § 5 Abs. 3 die Durchführung einer Einwohnerversammlung geregelt ist. Hier sei auch die Möglichkeit der Einwohner festgelegt, sich zu den Ausführungen von Zielen, Zwecken und Planungen zu äußern und sie mit den Ratsmitgliedern aller Fraktionen und dem Bürgermeister zu erörtern. Bisher sei, so GR Schäfer, diese Satzungsbestimmung nach seiner Auffassung ignoriert worden. „Wir werden dies künftig genau beobachten und sind gerne bereit, einen Vertreter unserer Fraktion in die entsprechende Versammlung zu entsenden“ erklärt GR Schäfer wörtlich.

GR Schumann kommt auf das Neisens-Statement „Gut gedacht – schlecht gemacht“ aus der vorhergehenden HFA-Sitzung zu sprechen und erklärt, dass diese Aussage doch wohl zum Inhalt habe, dass man mit der Grundidee einverstanden sei. Wenn etwas „Schlecht gemacht“ sei, müsse dies begründet werden – ihm fehle in der Stellungnahme der CDU die Konstruktivität, so GR Schumann.

GR Neisens erklärt, dass man sich heute bereits mit der dritten Idee des Herrn Schäfer beschäftige. Zunächst habe die SPD-Fraktion die Einsetzung von Dorfräten im Sinn gehabt, dann sei unter dem 10.05.12 ein neuer Antrag gestellt worden und jetzt wolle man die Hauptsatzung ändern.

Die CDU-Fraktion habe, so GR Neisens, zum Thema Erhöhung der Transparenz der Ratsarbeit und bessere Einbindung der Ortsteile konkrete Vorschläge unterbreitet, die auch beschlossen worden seien. GR Neisens setzt sich in seinen weiteren Ausführungen mit dem Begriff Transparenz auseinander. Er nennt hierzu Einzelbeispiele und das praktizierte Verfahren (Einbringung des Haushalts). Zur Kritik an seinem Beitrag aus der vorhergehenden HFA-Sitzung „Gut gedacht – schlecht gemacht“ verweist GR Neisens auf den § 18 der Mustergeschäftsordnung des Städte- und Gemeindebundes. Bezogen hierauf, so GR Neisens, habe der Rat gute Gründe gehabt, diesen § 18 nicht in die Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Hövelhof aufzunehmen. Dies sei zu bedenken, wenn er von „Schlecht gemacht“ spreche. GR Neisens bittet um konkrete Vorschläge, die sich an das bestehende Regelwerk halten.

Den Vorwurf, dass die Ausschüsse bisher nicht ausreichend in den Ortsteilen getagt hätten, weist GR Neisens zurück. Mehrere Ausschüsse, so der AFSK, aber auch der BUA, hätten bereits in Ortsteilen getagt. „Wir haben Transparenz geschaffen“ erklärt GR Neisens und fügt an, dass der vorliegende Antrag unter dem Oberbegriff Transparenz sich den Vorwurf des Populismus gefallen lassen müsse. Die CDU-Fraktion werde daher den Antrag ablehnen, auch weil er mit geltendem Recht nicht in Einklang zu bringen sei.

Nach Darstellung von GR Lindemann sind auf der einen Seite die Formalien eines Verfahrens immer zu beachten. Auf der anderen Seite müsse jedoch auch das Ziel der

Transparenz gesehen werden. Bei der Abwägung käme der Verwaltung eine wichtige Rolle zu. Ihr müsse für die Arbeit Lob ausgesprochen werden.

Zu bedenken sei, so GR Lindemann, dass viele Bürger nicht zu Parteiveranstaltungen gehen würden. Auch sei die Zahl der Nicht-Wähler recht groß. GR Lindemann spricht von etwa 40 % der Bürger, die keiner Partei nahe stehen. Nach seiner Auffassung gilt es, an diese Bürger Signale auszusenden, um auch sie stärker in die Ratsarbeit einzubinden. „Wir hätten doch den Antrag umformulieren können“ erklärt GR Lindemann bezogen auf die Verfahrensweise der CDU-Fraktion. „Ich bin enttäuscht“ fügt GR Lindemann an.

Bgm. Berens weist an dieser Stelle darauf hin, dass die Ratsmitglieder nach geltendem Recht Repräsentanten der Gemeinde sind. Daher sollten Ratsmitglieder auch auf Veranstaltungen von Vereinen / Organisationen gehen. Bei der Gesamtproblematik müsse auch die Größenordnung der Gemeinde Hövelhof berücksichtigt werden. Er könne sagen, dass man in Sachen Transparenz und Einbindung der Ortsteile immer sehr nah am Bürger sei und wisse, was den Bürger konkret drücke. Hierzu macht Bgm. Berens an dieser Stelle weitere Anmerkungen: Die Verwaltung habe einen „feinen Sinn“ dafür entwickelt, was für den Bürger wichtig sei. Hierzu geht er auf konkrete Veranstaltungen ein. Auch müsse berücksichtigt werden, dass Hövelhof nicht ortsteilig sei und keine doppelten Strukturen aufbauen müsse. „In unserem bisherigen Verfahren haben wir eine hohe Transparenz und sollten diese Kultur auch weiter pflegen“ erklärt Bgm. Berens. Es gelte, auf dieser Schiene weiter zu arbeiten.

GR Merschjohann erklärt an dieser Stelle, dass die CDU und auch die Junge Union auch über Facebook mit dem Bürger in Kontakt trete. „Wir sind für den Bürger stets erreichbar“ erklärt GR Merschjohann wörtlich. Dies gelte nicht nur für konkrete Veranstaltungen, sondern auch für das Internet.

Bgm. Berens gibt an dieser Stelle einen Hinweis darauf, dass die Sennegemeinde Hövelhof auch auf Facebook aktiv sei.

Abschließend wird bei JA-Stimmen der SPD- und FDP-Fraktion der Antrag der SPD- und FDP-Fraktion vom 10.05.2012 betreffend Erhöhung der Transparenz der Ratsarbeit und bessere Einbindung der Ortsteile bei Nein-Stimmen der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.